

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 13.03.2017, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Rhein (5.06)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Anwesend

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

Irmgard von Styp-Rekowski

von TOP 1 - TOP 8

ab TOP 3

in Vertretung für Bernhard Miesen

SPD

Michael Hüther

Peter Ippolito

Martin Krampf

Iris Springer

Sven Tahiri

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Klaus Wolf

in Vertretung für Dirk Udo Trapphagen

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

OP

Michael Neuendorf

PRO NRW

Jürgen Clouth

FDP

Uwe Bartels

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi

ab TOP 3

Es fehlen entschuldigt:

CDU

Bernhard Miesen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dirk Udo Trapphagen

DIE LINKE

Ludwig Keil

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Anwesend

Verwaltung:

Andrea Deppe

Beigeordnete für Planen und Bauen

Sabine Heymann

Büro Baudezernat (60)

Petra Cremer

Stadtplanung (61)

Alfred Görlich

Bauaufsicht (63)

Maria Kümmel

Gebäudewirtschaft (65)

Christian Syring

Tiefbau (66)

Lothar Schmitz

Stadtgrün (67)

Gäste:

Dr. Reimar Molitor

Region Köln/Bonn e.V., zu TOP 3

Christoph Doll

Ingenieurbüro TSC zu TOP 16

Schriftführung:

Stefanie Krüger-Witte

Büro Baudezernat (60)

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>	
1	Eröffnung der Sitzung	5
2	Niederschriften	5
3	Agglomerationskonzept - Vortrag von Herrn Dr. Molitor, Region Köln/Bonn e.V.	5
4	Förderung der Elektromobilität	6
4.1	Förderung der E-Mobilität - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 09.01.17 - Nr.: 2017/1481	6
4.2	E-Automobile und kommunale Ladeinfrastruktur - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.17 - Nr.: 2017/1564	6
5	Mehrgenerationenwohnen in Leverkusen	7
5.1	Entwicklung der südwestlichen Teilfläche des ehemaligen Sportplatzes an der Heinrich-Lübke-Straße - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.17 - m. Stn. v. 09.03.17 - Nr.: 2017/1518	7
5.2	Mehrgenerationenwohnen in Leverkusen - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 09.03.17 - Nr.: 2017/1575	7
6	Grillen in öffentlichen Anlagen auf ausgewiesenen Flächen in den drei Stadtbezirken	7
6.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.03.17 zur Vorlage Nr. 2017/1467 - m. erg. Schreiben vom 05.03.17 und 07.03.17 - m. Stn. v. 08.03.17 - Nr.: 2017/1572	7
6.2	Grillen in öffentlichen Anlagen auf ausgewiesenen Flächen in den drei Stadtbezirken i. S. des § 12 Abs. 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in den Straßen und Anlagen der Stadt Leverkusen Vorlage - m. Erg. v. 07.03.17 - Nr.: 2016/1467 und Nr. 2016/1467/1	7
7	A1 Ausbau zwischen AK Leverkusen-West und AK Leverkusen: Machbarkeitsstudie zum Transport von Gefahrgütern im Fall einer Tunnellösung	9
7.1	Entschuldigung des Rates - Ergänzungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.03.17 - Nr.: 2017/1574	9
7.2	Vorlage - Nr.: 2017/1553	9

8	Vorbereitende Untersuchungen zur möglichen Ergänzung des Sanierungsgebietes "City Leverkusen" - Nr.: 2017/1504	11
9	Bebauungsplan Nr. 224/I "Wiesdorf - zwischen Manforter Straße, Körnerstraße und Gustav-Freytag Straße" in Leverkusen-Wiesdorf - Aufstellungsbeschluss - Nr.: 2017/1476	12
10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 27/I "Rheindorf-Nord - zwischen Elbestraße, Insterstraße und Königsberger Platz" - Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen (Abwägung) - Satzungsbeschluss - Nr.: 2017/1490	13
11	Planung einer Kindertagesstätte auf der Westseite der neuen bahnstadt - Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.17 - Nr.: 2017/1561	13
12	Bebauungsplan Nr. 208 A/II, III "Opladen - nbso/Westseite - Neue Bahnallee und Alkenrath - westlich Schlebuschrath" - 2. Änderung (Teilbereich Opladen) - Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2017/1473	14
13	Bebauungsplan Nr. 172 B/II „nbso - Campus Leverkusen und Gewerbe" - 1. Änderung - Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen (Abwägung) - Satzungsbeschluss - Nr.: 2017/1480	15
14	Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 28/II "Opladen - nbso, südlich Bahnstadtchaussee (Baudenkmal Kesselhaus)" - Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen (Abwägung) - Satzungsbeschluss - Nr.: 2017/1495	15
15	Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Leverkusen - Nr.: 2017/1526	16
16	Installation eines neuen Verkehrsrechners für Lichtsignalanlagen - Nr.: 2016/1469	16
17	Konzept Ersatzbeleuchtung und Abbau Hochmaste Europaring - Nr.: 2017/1542	17
	Bericht der Dezernentin	18
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 2/2017)	18

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Rh. Ippolito (SPD) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ippolito (SPD) begrüßt als Gäste Herrn Dr. Reimar Molitor vom Verein Region Köln/Bonn, der einen Vortrag zum Agglomerationskonzept unter TOP 3 der Sitzung halten wird. Rh. Ippolito (SPD) begrüßt zudem Herrn Doll vom Ingenieurbüro TSC, der für Fragen zu TOP 16 (Installation eines neuen Verkehrsrechners für Lichtsignalanlagen, Vorlage Nr. 2016/1469) zur Verfügung steht.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 23.01.2017 zur Kenntnis.

3 Agglomerationskonzept - Vortrag von Herrn Dr. Molitor, Region Köln/Bonn e.V.

Herr Dr. Molitor (Region Köln/Bonn e.V.) erläutert anhand eines Vortrags das Agglomerationskonzept des Vereins, das parallel zur Aufstellung des Regionalplanes entwickelt wird. Der Vortrag ist der Anlage zu dieser Niederschrift beigelegt.

Nach einer ausführlichen Diskussion spricht sich der Ausschuss einstimmig dafür aus, dass Herr Dr. Molitor aufgrund der Wichtigkeit des Themas den Vortrag zeitnah in der Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen hält. Herr Dr. Molitor steht hierfür gern zur Verfügung.

(Redaktioneller Hinweis: Der Vortrag von Herrn Dr. Molitor ist im Ratsinformationssystem Session auch in farbiger und vergrößerter Darstellung einsehbar.)

- 4 Förderung der Elektromobilität
- 4.1 Förderung der E-Mobilität
 - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 09.01.17
 - Nr.: 2017/1481
- 4.2 E-Automobile und kommunale Ladeinfrastruktur
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.17
 - Nr.: 2017/1564

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 werden gemeinsam ausführlich diskutiert.

Auf den Vorschlag von Herrn Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erfolgt eine Abstimmung wie in der Sitzung des Ausschusses für Bürger und Umwelt (BU) am 09.03.2017.

Rh. Ippolito (SPD) verliest das Beratungsergebnis des Ausschusses für Bürger und Umwelt vom 09.03.2017:

„Rh. Löb (SPD) und Rh. Wölwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragen, die Anträge Nr. 2016/1481 und Nr. 2017/1564 zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufassen und um die Themen „Streetscooter“ und „kommunale Ladeinfrastruktur“ zu ergänzen. Herr Walsdorf (Soziale Gerechtigkeit) bittet, geeignete Auflademöglichkeiten durch entsprechende Stecker für Elektrorollstühle zu schaffen.“

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 in dieser Fassung abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie gemeinsamer Antrag mit Ergänzung von der Gruppe Soziale Gerechtigkeit aus der Sitzung des Ausschusses für Bürger und Umwelt vom 09.03.2017

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP)
dagegen: 1 (FDP)
Enth.: 1 (PRO NRW)

- 5 Mehrgenerationenwohnen in Leverkusen
 - 5.1 Entwicklung der südwestlichen Teilfläche des ehemaligen Sportplatzes an der Heinrich-Lübke-Straße
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.17
 - m. Stn. v. 09.03.17
 - Nr.: 2017/1518
 - 5.2 Mehrgenerationenwohnen in Leverkusen
 - Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus vom 09.03.17
 - Nr.: 2017/1575

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 werden gemeinsam diskutiert.

Rh. Tahiri (SPD) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt dar, dass die beiden vorliegenden Anträge das gleiche Ziel verfolgen würden, sich der Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Opladen Plus jedoch insofern von dem Antrag der Fraktion SPD unterscheiden würde, als dass hier nicht die Verwaltung mit einer Konzeptentwicklung für solche Projekte beauftragt werden sollte, sondern die sozialen Träger hierfür zuständig sind.

Rh. Tahiri (SPD) erklärt daraufhin den Antrag seiner Fraktion Nr. 2017/1518 für erledigt. Rh. Ippolito (SPD) lässt sodann über den Antrag zu 5.2 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig bei 2 Enth. (1 PRO NRW, 1 FDP) -

- 6 Grillen in öffentlichen Anlagen auf ausgewiesenen Flächen in den drei Stadtbezirken
 - 6.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.03.17 zur Vorlage Nr. 2017/1467
 - m. erg. Schreiben vom 05.03.17 und 07.03.17
 - m. Stn. v. 08.03.17
 - Nr.: 2017/1572
 - 6.2 Grillen in öffentlichen Anlagen auf ausgewiesenen Flächen in den drei Stadtbezirken
 - i. S. des § 12 Abs. 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhal-

tung der öffentlichen Sicherheit in den Straßen und Anlagen der Stadt Leverkusen

Vorlage

- m. Erg. v. 07.03.17

- Nr.: 2016/1467 und Nr. 2016/1467/1

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 werden gemeinsam beraten. Rf. Behrendt (CDU) gibt die in der Anlage 2 zu dieser Niederschrift angefügte Chronologie zu Protokoll.

Frau Beigeordnete Deppe verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung bezüglich der Finanzierung. Frau Beigeordnete Deppe zitiert aus dem offenen Brief von Herrn Oberbürgermeister Richrath, der inhaltlich die Verwaltungsmeinung darstellt:

„Angesichts der Haushaltslage der Stadt ist eine Realisierung dieses Ratsauftrages in der Form der Errichtung von Grillhütten o.ä., verbunden mit einer intensiven Überwachung durch städtisches Personal, nicht darstellbar. Vor der – frühestens kurz vor den Sommerferien zu erwartenden – Haushaltsgenehmigung wäre es haushaltsrechtlich unzulässig, hierfür Finanzmittel einzusetzen, denn es handelt sich um eine klassische freiwillige Aufgabe. Auch nach der Haushaltsgenehmigung würde dies sowohl der bisherigen Haushaltsgenehmigung der Bezirksregierung als auch dem Haushaltsbegleitbeschluss aus der letzten Ratssitzung widersprechen.“

Rh. Schönberger (CDU) stellt den Grundgedanken der Vorlage in den Vordergrund, die das öffentliche Grillen ordnen soll; dies funktioniert jedoch nur dann, wenn entsprechende Kontrollen der ordnungsgemäßen Nutzung der Grillplätze stattfinden.

Rh. Ippolito (SPD) befragt die Antragsteller aus seiner Fraktion, ob eine entsprechende Ergänzung in den Änderungsantrag aufgenommen werden kann. Dies wird durch die Mitglieder der SPD-Fraktion bejaht.

Der Antrag wird daher wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung gewährleistet an den Orten, an denen durch die Bezirksvertretungen das öffentliche Grillen erlaubt wird, entsprechende dauerhafte Kontrollen durch Ordnungsdienste.

Beschlussempfehlung an den Rat zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 07.03.17 zur Vorlage Nr. 2017/1467, Antrag Nr. 2017/1572

Wie Antrag mit vorgenannter Ergänzung

- einstimmig –

Beschlussempfehlung an den Rat zur Vorlage Grillen in öffentlichen Anlagen auf ausgewiesenen Flächen in den drei Stadtbezirken

i. S. des § 12 Abs. 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in den Straßen und Anlagen der Stadt Le-

verkusen, Vorlage Nr. 2016/1467 und 2016/1467/1:

Wie Vorlage mit vorgenannter Änderung

- einstimmig -

- 7 A1 Ausbau zwischen AK Leverkusen-West und AK Leverkusen: Machbarkeitsstudie zum Transport von Gefahrgütern im Fall einer Tunnellösung
- 7.1 Entschuldigung des Rates
 - Ergänzungsantrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.03.17
 - Nr.: 2017/1574
- 7.2 Vorlage
 - Nr.: 2017/1553

Die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 werden gemeinsam behandelt.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) erläutert den Antrag seiner Fraktion zu TOP 7.1. Er stellt dar, dass in dem vorgelegten Gutachten keine Aussage darüber getroffen wurde, ob die Gradienten für einen Tunnel überhaupt geeignet sind. Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) bittet, dies noch durch den Gutachter klären zu lassen.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantragt die getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte der Vorlage zu TOP 7.2, Vorlage Nr. 2017/1553. Dem stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Sodann beantragt Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aufgrund des anhängigen Verfahrens der Bürgerinitiative Netzwerk gegen Lärm vor dem Bundesverwaltungsgericht zu Beschlusspunkt 2 der Vorlage Nr. 2017/1553 folgende Änderung:

„Für den Fall, dass die Klage der Bürgerinitiative Netzwerk gegen Lärm vor dem Bundesverwaltungsgericht scheitert, fordert die Stadt Leverkusen Straßen.NRW auf, auf Grundlage dieses Gutachtens ausschließlich die Tunnelvariante zu planen und umzusetzen. Die Stadt Leverkusen erwartet von dem Land Nordrhein-Westfalen und vom Bund, dann nur noch die Tunnellösung in das weitere Verfahren einzubringen und die benötigten Mittel zur Umsetzung der Tunnelvariante zeitnah zur Verfügung zu stellen.“

Nach eingehender Diskussion lässt Rh. Ippolito (SPD) den Ausschuss über den Änderungsantrag von Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Beschlusspunkt 2 der Vorlage Nr. 2017/1553 abstimmen:

dafür: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dagegen: 13 (6 CDU, 5 SPD, 1 OP, 1 FDP)
Enth.: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 PRO NRW)

Rh. Ippolito (SPD) lässt sodann über den Antrag zu TOP 7.1 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)
dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
Enth.: 1 (PRO NRW)

Danach führt Rh. Ippolito (SPD) die getrennte Abstimmung zu den Beschlusspunkten 1 und 2 der Vorlage unter TOP 7.2 durch:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu Beschlusspunkt 1:

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)
Enth.: 1 (PRO NRW)

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage zu Beschlusspunkt 2:

dafür: 13 (6 CDU, 5 SPD, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 3 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)
Enth.: 1 (1 PRO NRW)

Im Anschluss an die Abstimmung gibt Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die in der Anlage 2 zu dieser Niederschrift beigefügten Redebeitrag als „persönliche Erklärung“ ab.

Rh. Ippolito (SPD) fordert Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) während der Erklärung mehrfach auf, den Redebeitrag, der nach der Geschäftsordnung nicht den Grundsätzen einer persönlichen Erklärung entspricht, zu beenden. Nachdem Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nicht auf die Bitten des Vorsitzenden reagiert, rügt Rh. Ippolito (SPD) Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Dennoch fährt Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit seinem Vortrag fort. Rh. Ippolito (SPD) kündigt Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) einen Verweis aus dem Sitzungsraum an. Daraufhin entgegnet Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dass dies Rh. Ippolito (SPD) nicht gelingen würde. Nach dem Abschluss des Redebeitrags rügt Rh. Ippolito (SPD) Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erneut und erteilt das Wort Rh. Paul Hebbel (CDU) zur Geschäftsordnung.

Rh. Paul Hebbel (CDU) gibt zu Protokoll, dass das Verhalten von Herrn Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nicht mit Geschäftsordnung im Sinne einer persönlichen Erklärung vereinbar gewesen ist. Rh. Paul Hebbel (CDU) fordert, dass bei künftigen Sitzungen des Ausschusses eine Ordnungskraft einzusetzen ist, die Personen, die sich nicht an die Geschäftsordnung halten, aus dem Sitzungssaal entfernen kann.

Rh. Ippolito (SPD) lässt den Ausschuss über diese Forderung von Rh. Paul Hebbel (CDU) abstimmen:

dafür: 12 (5 CDU, 5 SPD, 1 OP, 1 PRO NRW)
dagegen: 3 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE)
Enth.: 2 (1 CDU, 1 FDP)

Rh. Ippolito (SPD) bittet, sowohl den Vorfall als auch diese Entscheidung des Ausschusses an den Oberbürgermeister weiterzuleiten.

8 Vorbereitende Untersuchungen zur möglichen Ergänzung des Sanierungsgebietes "City Leverkusen"
- Nr.: 2017/1504

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) beantragt, es zu ermöglichen, dass die Herren Häusler und Geiger das Gesamtprojekt bis zum Ende der Realisierungsphase begleiten sollen.

Herr Krampf (SPD) stellt zur Geschäftsordnung den Antrag auf Nichtbefassung.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag auf Nichtbefassung abstimmen:

dafür: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 PRO NRW, 1 FDP)
dagegen: 1 (BÜRGERLISTE)

Herr Bartels (FDP) bittet um Erläuterung, ob es sich bei dieser Vorlage nur um eine Ausweitung des Untersuchungsgebietes aus statistischen Erwägungen handelt und diese nicht zu Änderungen beim eigentlichen Integrierten Handlungskonzeptes führt.

Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass die Ausweisung eines Sanierungsgebietes die rechtliche Voraussetzung für die Aufstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes darstellt. Das zuvor ausgewiesene Sanierungsgebiet ist daher anzupassen bzw. zu ergänzen, damit es mit dem geplanten Integrierten Handlungskonzept übereinstimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen beschließt den Be-

ginn der vorbereitenden Untersuchungen zur Erarbeitung der Beurteilungsunterlagen über die Notwendigkeit möglicher Ergänzungen des Sanierungsgebietes "City Leverkusen".

Rechtsgrundlage: § 141 Baugesetzbuch - BauGB

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

dafür: 15 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 1 (PRO NRW)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 9 Bebauungsplan Nr. 224/I "Wiesdorf - zwischen Manforter Straße, Körnerstraße und Gustav-Freytag Straße" in Leverkusen-Wiesdorf
- Aufstellungsbeschluss
- Nr.: 2017/1476

Frau Beigeordnete Deppe erläutert die geplante Gebietsausweisung. In der 23. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen am 23.01.2017 wurde der Wunsch geäußert, an der gewerblichen Nutzung in diesem Gebiet festzuhalten. Das Dezernat für Planen und Bauen hat daraufhin umfassend geprüft, welche Restriktionen für eine gewerbliche Nutzung auf diesem Gebiet liegen, da umliegend ausschließlich Wohnbebauung vorhanden ist. Die Einschränkungen für das Gewerbegebiet haben sich als so erheblich dargestellt, dass mit der Wirtschaftsförderung Leverkusen (WfL) abgestimmt wurde, dass diese Flächen dann nicht zu vermarkten sind. Gemeinsam mit der WfL wurde daraufhin an der Stadtkante eine Fläche ermittelt, die aufgrund der Sevesobelange nicht genutzt werden kann. Diese soll jetzt im Tausch für die in der Vorlage genannte Fläche in eine gewerbliche Nutzung geändert werden.

In dem in dieser Vorlage genannten Bereich soll weiterhin ein Wohngebiet entwickelt werden. Eine Alternative könnte nach einer gesetzlichen Änderung auch ein sogenanntes urbanes Gebiet sein.

Der Grundstückseigentümer auf der westlichen Seite hat aufgrund dieser Planungen seine Bauvoranfrage zurückgezogen und möchte sein Grundstück jetzt mit der Verwaltung entwickeln. Frau Beigeordnete Deppe appelliert an den Ausschuss, den Aufstellungsbeschluss, wie vorgeschlagen, zu fassen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Für das unter Beschlusspunkt 3. näher bezeichnete Gebiet wird gemäß §

2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen.

2. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung Nr. 224/I „Wiesdorf - zwischen Manforter Straße, Körnerstraße und Gustav-Freytag-Straße“.
3. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Wiesdorf und beinhaltet in der Flur 23 die Flurstücke 31, 32, 147, 148, 149, 150, 163, 408, 413, 414, 490, 513, 518, 540 und 541 sowie Teile aus den Flurstücken 397 und 516. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereiches ist der Planzeichnung (Anlage 1 und 2 der Vorlage) zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen: § 2 Abs. 1 BauGB.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I.

- einstimmig -

- 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 27/I "Rheindorf-Nord - zwischen Elbestraße, Insterstraße und Königsberger Platz"
- Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen (Abwägung)
- Satzungsbeschluss
- Nr.: 2017/1490

Herr Bartels (FDP) bittet um Erläuterung bezüglich der in der Anlage 2.1 auf S. 48 genannten erforderlichen Zustimmung des Nachbarn für die Erteilung der Baugenehmigung.

Frau Cremer (61) stellt dar, dass dieser Punkt zur beiderseitigen Güte durch ein Zurücksetzen des gesamten Bauvorhabens geklärt werden konnte, so dass keine einseitige Zustimmung des Nachbarn mehr erforderlich ist.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 11 Planung einer Kindertagesstätte auf der Westseite der neuen bahnstadt
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.03.17

- Nr.: 2017/1561

Rh. Tahiri (SPD) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Rh. Schönberger (CDU) stellt dar, dass die Notwendigkeit für eine Kita auf der Westseite der nbso gesehen wird, jedoch für eine Kita-Nutzung nur eines der drei genannten Grundstücke in Frage kommt. Weder die für eine gewerbliche Nutzung vorgesehenen Grundstücke im südlichen Bereich noch die im nördlichen Bereich sind für eine Kita geeignet.

Diesen Ausführungen schließen sich Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Rh. Paul Hebbel (CDU) an.

Der Antragsteller erklärt sich mit dieser Änderung einverstanden.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

- einstimmig -

- 12 Bebauungsplan Nr. 208 A/II, III "Opladen - nbso/Westseite - Neue Bahnallee und Alkenrath - westlich Schlebuschrath" - 2. Änderung (Teilbereich Opladen)
- Beschluss über die Änderung des Geltungsbereiches
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Nr.: 2017/1473

Rh. Paul Hebbel (CDU) führt aus, dass die Verwaltung Überlegungen anstellen möge, den geplanten Lärmschutz zu begrünen. Rh. Paul Hebbel (CDU) gibt zudem zu Bedenken, dass für die geplante Begrünung in diesem Gebiet, die u.a. 50 Solitäräume umfasst, das Budget des FB Stadtgrün entsprechend angepasst werden muss.

Beschluss:

1. Der Änderung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 208 A/II, III „Opladen - nbso/Westseite - Neue Bahnallee und Alkenrath - westlich Schlebuschrath“ - 2. Änderung wird zugestimmt. Die genaue Abgrenzung ist der Planzeichnung gemäß Anlagen 2.1 und 2.2 der Vorlage zu entnehmen.
2. Dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung zu den in der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Äußerungen (Anlage 5 der Vorlage) wird gefolgt.

3. Der Bebauungsplan Nr. 208 A/II, III „Opladen - nbso/Westseite - Neue Bahnallee und Alkenrath - westlich Schlebuschrath“ - 2. Änderung (Anlagen 2.1 und 2.2 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 4 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
4. Der Entwurf ist mit der diesem Beschluss beigefügten Begründung für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Rechtsgrundlage: § 3 Nr. 2 Baugesetzbuch - BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II.

- einstimmig bei 1 Enth. (BÜRGERLISTE) -

- 13 Bebauungsplan Nr. 172 B/II „nbso - Campus Leverkusen und Gewerbe“ - 1. Änderung
 - Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen (Abwägung)
 - Satzungsbeschluss
 - Nr.: 2017/1480

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig bei 1 Enth. (PRO NRW) -

- 14 Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 28/II "Opladen - nbso, südlich Bahnstadtchaussee (Baudenkmal Kesselhaus)"
 - Beschluss über die eingegangenen Stellungnahmen (Abwägung)
 - Satzungsbeschluss
 - Nr.: 2017/1495

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig bei 1 Enth. (OP) -

- 15 Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2017/1526

Herr Krampf (SPD) regt an, kurz- bis mittelfristig den Fahrplan der wupsi auf den Fahrplan der Regionalexpresslinien in Richtung Köln abzustimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 16 Installation eines neuen Verkehrsrechners für Lichtsignalanlagen
- Nr.: 2016/1469

Herrn Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um eine Aussage zu der Zukunftsfähigkeit des neuen Verkehrsrechners in Bezug auf die Anbindung der Altanlagen. Herr Doll (Ingenieurbüro TSC) führt aus, dass gutachterlich geprüft wurde, dass die bestehenden Anlagen, bei denen man von einer Haltbarkeit für weitere 10 Jahre ausgeht, mit der neuen Technik verbunden werden können. Mit dem neuen System besteht zudem die Möglichkeit, standardisierte Schnittstellen für neue Anlagen zu bilden und an den Verkehrsrechner anzuschließen.

Daher handelt es sich bei der empfohlenen Variante um eine technisch gute, wirtschaftliche und günstige Lösung. Die Erneuerung aller Altbestandteile würde zu deutlich höheren Investitionen führen, die so gutachterlich auch nicht empfohlen werden können.

Herr Neuendorf (OP) erkundigt sich nach der Anwendung der Cloud und dem Schutz vor möglichen Hackerangriffen. Herr Doll (Ingenieurbüro TSC) führt aus, dass es aufgrund der eingesetzten Netzwerktechnik nicht möglich ist, z.B. alle Ampeln auf rot oder grün zu stellen. Es handelt sich um ein in sich geschlossenes Netzwerk, das mit den Lichtsignalanlagen (LSA) über Kabel verbunden ist.

Künftig werden nach dem aktuellen Stand der Technik die LSA auch über Mobilfunklösungen angesteuert, um eine drahtlose Kommunikation zu ermöglichen. Dies erfolgt über spezielle Sicherungsalgorithmen mit einer 128 bit Verschlüsselung. Die bestehende Sicherungstechnik würde auch nur eine Außerkraftsetzung der LSA und in keinem Fall eine Dauerschaltung auf eine bestimmte Ampelphase zulassen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

17 Konzept Ersatzbeleuchtung und Abbau Hochmaste Europaring
- Nr.: 2017/1542

Herr Krampf (SPD) bittet um Prüfung des Beleuchtungskonzeptes bei dem Hochmast Nr. 11 am Europaring. Hier handelt es sich nicht, wie dargestellt, um einen Radweg, sondern um einen kombinierten Rad- und Fußweg, so dass eine entsprechende Beleuchtung erforderlich ist. Herr Syring (66) führt dazu aus, dass diese Beleuchtung bereits überprüft wurde und rund 15.000 € kosten würde.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) bittet um Darstellung, wie viele Beiträge nach dem KAG für den Ersatz der Hochmaste anfallen werden.

Rh. Schönberger (CDU) sieht in den Hochmasten ein Wahrzeichen der Stadt und bittet daher um Überprüfung, ob die Masten erhalten und ggf. mit modernen Lichtsystemen (LED- bzw. Solartechnik) ausgestattet werden können.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beurteilt die Hochmaste ebenfalls als stadtbildprägend. Sie bittet die Verwaltung um eine visuelle Darstellung der Ersatzbeleuchtung durch die Lichtpunkte sowie deren geplante Gestaltung. Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist ebenfalls der Auffassung, dass ein Teil Hochmaste erhalten werden sollte.

Rh. Paul Hebbel (CDU) stellt dar, dass die Masten zu einem wesentlichen Teil auch den Bereich des Busbahnhofes und dessen Umfeld ausleuchten. Dieser Bereich wird jetzt einer städtebaulichen Neugestaltung zugeführt, bei der auch über ein neues Beleuchtungskonzept nachgedacht werden sollte. Ein Großteil der Masten würde damit obsolet. Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet um entsprechende Prüfung und Darstellung.

Herr Bartels (FDP) bittet um Prüfung, ob ohne großen Erhaltungsaufwand Masten ohne Beleuchtungsfunktion erhalten werden können.

Herr Syring (66) erläutert, dass die Hochmaste von innen nicht mehr begehbar sind, so dass Industriekletterer die Masten von außen überprüfen müssen und so die hohen Unterhaltungskosten entstehen, die auch künftig weiter ansteigen werden.

Herr Bartels (FDP) schlägt vor, die Vorlage um einen Turnus zu schieben, um die genannten Prüfaufträge und dem Ausschuss im nächsten Turnus darzustellen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Vertagungsantrag um einen Turnus abstimmen:

- einstimmig -

Bericht der Dezernentin


Es wird kein Bericht abgegeben.

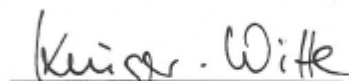
Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 2/2017)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) gibt abschließend folgende persönliche Erklärung zu Protokoll:
„Ich bin heute persönlich betroffen von der Diskussionskultur einiger Personen in diesem Bauausschuss. Die heutige Sitzung war aus meiner Sicht ein Tiefpunkt in den Sitzungen des Bauausschusses. Es tut mir leid, dass ich das nicht verhindern konnte. Das hat es bisher in diesem Bauausschuss nicht gegeben und wird es künftig hoffentlich auch nicht mehr geben.“

Rh. Ippolito (SPD) schließt die Sitzung des Ausschusses um 18:50 Uhr.


Rh. Ippolito
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Bauen und Planen


Stefanie Krüger-Witte
Schriftführerin